



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 19.05.2026
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer

Ute Haupt

Dr. Annette Kreutzfeldt

Dr. med. Detlef Wend

Yvonne Krause

Dorothea Elias

Dr. Gaby Hayne

Uwe Kramer

Ausschussvorsitzender

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellv. Mitglied im JHA/UA

Vertretung für Herrn Friedemann Raabe

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /

FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)

stellv. stimmbberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Vertretung für Frau Manser

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Alexander Frolow

Stefanie Goy

Dr. Sebastian Meißner

Beate Erfurth

René Lukas

Leiter Fachbereich Bildung

Jugendhilfeplanerin

Sozialplaner

Kitafachplanerin

Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Friedemann Raabe

Anna Manser

Christof Starke

Fraktion Volt/MitBürger

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Goy nahm Bezug zur vorläufigen Jahresplanung 2026. Dort ist im Sitzungsmonat Mai das Thema „Stand und Entwicklung Vorhaben „Fairer Zugang zu Kindertagesbetreuung für alle!“ vorgeschlagen. Sie teilte mit, dass dieses Thema im Juni vorgestellt werden soll.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Kramer** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2026
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorläufige Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2026/02630
- 7.2. HzE-Statistik – Entwicklung von Fallzahlen
Vorlage: VIII/2026/02667
- 7.3. Bericht Trägerversammlung und Jahresgespräch Erziehungsberatungsstellen
Vorlage: VIII/2026/02698
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2026
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2026

Es gab keine weiteren Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.03.2026 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorläufige Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2026/02630

Die vorläufige Jahresplanung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Es gab keine Fragen.

Anmerkung: Die Jahresplanung ist im Session hinterlegt

zu 7.2 **HxE-Statistik – Entwicklung von Fallzahlen**
Vorlage: VIII/2026/02667

Frau Goy informierte anhand einer Präsentation HzE-Statistik – Entwicklung von Fallzahlen.

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt stellte fest, dass die seelischen Probleme immer ein wiederkehrendes Merkmal sind. Sie fragte, ob die Mitarbeiter aus dem ASD in diese Richtung, z. B. durch Weiterbildungen, geschult werden. Frau Haupt wies darauf hin, dass die Beratungsstellen oft überlastet sind und nicht genügend Personal vorhanden ist. Sie erkundigte sich, wie man mit dieser Situation umgeht und sie verbessern könnte.

Frau Goy betonte, dass seelische Problemlagen ein großes Thema sind. Sie bemerkte, dass Personen oft an Beratungsstellen verwiesen werden bzw. dort Unterstützung suchen. Gleichzeitig wird geprüft, wie man geeignete Therapieplätze findet.

Herr Frolow teilte mit, dass es spezialisierte Teams bei ASD gibt, z. B. ein Kinderschutzteam. Er betonte, dass die Bedarfe spezialisierter Reaktionen bedarfsgerecht aufgegriffen wurden. Die Eingriffshilfen sollen künftig harmonisiert werden und bei der Jugendhilfe angegliedert werden, was gesetzgeberische Aktivitäten erfordert. Er erwähnte, dass sich die Spezialteams langfristig auf bestimmte Themen fokussieren, wobei die Eingriffshilfe nicht nur Schulbegleiter umfasst, sondern auch komplexe, schwere Fälle betreut.

Herr Dr. Wend erkundigte sich nach der eigentlichen Definition von seelischen Problemen und wo spezifische emotionale Störungen auftauchen. Er betonte, dass Realität und Diagnostik hierbei sehr komplex ist und sich auch unter seelischen Problemen diverse Erziehungsprobleme verbergen könnten. Das gilt nicht bei echten Psychosen, schweren Depressionen oder schizoiden Erkrankungen. Er plädierte für eine differenzierte, fallbezogene Abwägung zu diesem Thema statt einer festen Zuordnung zu definierten Kategorien.

Frau Goy machte deutlich, dass die Bestimmungen des Landes Sachsen-Anhalt verbindlich sind. Sie sagte, dass eine zeitgemäße Prüfung der Ausgangslage möglich ist. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die Eingliederungshilfe erst dann gewährt wird, wenn eine Diagnose vorliegt. Es handelt sich in den meisten Fällen um Kinder, bei denen eine Diagnose gestellt wurde. Dabei handelt es sich um Erziehungsleistungen der Eltern in Bezug auf psychische Probleme. Sie wies darauf hin: Wenn Eltern depressiv wirken, aber noch keine Diagnose vorliegt, kann eine Hilfe gewährt werden, um den Weg zur Diagnose zu unterstützen. D. h., dass vor der Gewährung einer Eingliederungshilfe bestimmte Schritte notwendig sind.

Herr Dr. Wend betonte, dass es sich um bewilligte Unterstützungen handelt, die die Realität nicht vollständig abbildet. Es existiert eine Grauzone. Er wies darauf hin, dass manche Menschen eine Hilfe bräuchten, diese aber aufgrund einer fehlenden Prüfung oder anderer Hürden nicht erhielten. Die dargestellten Zahlen spiegeln daher nicht das volle Ausmaß des Bedarfs wider.

Frau Goy sagte, dass Kennzahlen in der Statistik bestimmte Fälle abdecken, d.h. hierbei die Gewährung von Hilfe im HzE-Kontext. Sie bemerkte, dass nicht alle relevanten Personen in den Zahlen enthalten sind, z. B. Personen mit Therapieplätzen bei Kinderpsychologinnen/Kinderpsychologen. Ebenso fehlen Menschen aus präventiver Jugendarbeit, die keinen Therapieplatz bekommen und deshalb die Beratungsstellen wie z.B. "tumult Jugendberatung" aufsuchen. **Frau Goy** machte deutlich, dass daher die Zahlen nicht das volle Ausmaß des Bedarfs widerspiegeln.

Herr Kramer erkundigte sich, ob es eine Statistik gibt, die nicht nur einzelne Hilfefälle, sondern die betroffenen Familien bzw. Personen über das Jahr hinweg in wechselnden Zahlen abbildet.

Frau Goy erklärte, dass die Statistik die Familien nicht abbildet, sondern die sogenannten Indexkinder, d.h. das jüngste Kind in der Familie. Sie sagte, dass es vorkommen kann, dass eine sozialpädagogische Familienhilfe in einer Familie existiert und dann dieses jüngste Kind, die Hilfe erhält. Es kann vorkommen, dass die die Familie eine zusätzliche Hilfe in Anspruch nimmt, z. B. für eine Schwester, die einen Erziehungsbeistand hat. **Frau Goy** betonte, dass sich diese Zusammenhänge statistisch nicht eindeutig einer einzigen Familie zuordnen lassen.

Herr Kramer stellte fest, dass Personen abgebildet werden.

Frau Goy teilte mit, dass man Personen abbilden kann, aber nicht eindeutig Familien.

Frau Dr. Hayne erkundigte sich, ob Inobhutnahmen weitergeführt werden oder ob Leistungen entfallen könnten, wenn Kinder wieder normal in die Familie zurückgeführt werden. Sie wies darauf hin, dass Inobhutnahmen deutlich länger dauern als früher. Sie vermutete, dass die tatsächlichen Gründe möglicherweise mit der Befragung zusammenhängen, insbesondere ob qualitative oder quantitative Defizite bei Angeboten eine Rolle spielen. Sie fragte, ob die Ursachen bei den Angeboten oder bei der Rücklaufquote liegen.

Frau Goy sagte, dass steigende Fallzahlen bis 2024 zu sehen sind, gefolgt von einem Jahr mit Rückgang. Es ist somit noch kein eindeutiger Trend erkennbar. Man befindet sich derzeit in der Auswertung der Mitarbeiterbefragung. Diese Befragung lief fünf Wochen von März bis Mitte April und schloss Mitarbeitende aus allen Bereichen ein, sowohl Führungskräfte als auch Mitarbeitende vor Ort von freien Trägern und ASD ein. Dazu gab es Rückmeldungen, Sie teilte mit, dass das Institut Orbit die Auswertung begleitet und Anfang Juni eine Expertengruppe aus dem Fachbereich Bildung einen Workshop durchführen soll, um die Ergebnisse zu bewerten. Danach soll ein Working Paper mit Handlungsempfehlungen für die Stadt Halle erstellt werden.

Herr Kramer bedankte sich bei Frau Goy für ihre Ausführungen.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 7.3 Bericht Trägerversammlung und Jahresgespräch Erziehungsberatungsstellen Vorlage: VIII/2026/02698

Herr Dr. Meißner informierte anhand einer Präsentation zum Bericht „Trägerversammlung und Jahresgespräch Erziehungsberatungsstellen“.

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt sagte, dass die Beratungszeit zu kurz ist und mehr Personal benötigt wird, um ausreichend Optionen zu bieten. Sie stellte fest, dass noch weiterer Bedarf besteht, insbesondere bei präventiven Maßnahmen. **Frau Haupt** erkundigte sich, ob das FamBeFöG LSA Möglichkeiten dazu bietet.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass 2021 drei Vollzeitstellen erhoben wurden.

Frau Goy wies auf eine bestehende Beschlussvorlage hin. Es wurden drei beschlossene Vollzeitstellen nicht umgesetzt; d.h. es sind 2,5 Stellen realisiert. **Frau Goy** teilte mit, dass

eine weitere Außenstelle in der Zingstgartenstraße hinzugekommen ist, wodurch zwei Anlaufstellen in der Innenstadt geschaffen wurden. Sie betont, dass die Wartezeiten mittlerweile sehr hoch sind, sowohl für den Ersttermin als auch zwischen Folgeterminen. Besonders hochstrittige Fälle verschärfen das Problem und wirken sich negativ auf die Kinder aus.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass die landesseitige Mittelaufwuchs gemäß § 20 Abs. 1 FamBeFöG LSA jährlich 2% beträgt. Die Fördersumme für das Jahr 2026 beträgt rund 456.000 Euro.

Herr Dr. Wend betonte, dass natürlich mehr Kapazität in den Erziehungsberatungsstellen benötigt werden. Er wies darauf hin, dass viele Menschen den Weg zu den Beratungsstellen nicht finden, weil sie diese nicht kennen. Zudem würden viele Aufgaben auch in anderen Bereichen erledigt werden, wie Schule, Sozialarbeit, Kinderarztpraxis. Es ist wichtig, dass die Eltern das Problem anerkennen und nicht zur Selbstlösung greifen.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass bestimmte Fraktionen bei Ausgaben für Soziales oft ablehnend sind, obwohl sie später präventive Maßnahmen fordern. Er betonte, dass Prävention allgemein wichtig ist. Die vorausplanenden, vorbeugenden Ansätze sind vielversprechender als reine Symptombehandlung. **Herr Dr. Wend** plädierte für mehr Weitsicht und konsequente Unterstützung präventiver Maßnahmen.

Herr Kramer wies darauf hin, dass in der Darstellung in der Präsentation z.B. bei Wartezeiten die Einheiten, wie Stunden, Tage, Monate fehlen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Dr. Wend zu Fördermaßnahmen der freien Träger

Herr Dr. Wend erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zur Mittelfreigabe der Fördermaßnahmen für die freien Träger.

Herr Frolow teilte mit, dass die Fördermittel in der bisherigen Höhe bis Ende August weiter bewilligen werden. Darüber hinaus gibt es noch keine Festlegung.

zu 8.2 Frau Dr. Kreutzfeldt zum Jugendclub am Thüringer Bahnhof

Frau Dr. Kreutzfeldt erkundigte sich nach dem aktuellen Stand des Jugendclubs im Thüringer Bahnhof. Sie fragte, ob dazu Fördermittel aus dem Sondervermögen zur Verfügung stehen.

Frau Goy erläuterte, dass es nicht um eine neue Jugendfreizeiteinrichtung geht, sondern um einen selbstverwalteten Jugendclub ohne ständige sozialpädagogische Begleitung. Derzeit sind keine neuen Pläne bekannt. Im Jahr 2023 gab es eine Ausschreibung, wobei alle Interessenten wegen der Energiekrise abgesprungen sind. Seitdem ist an diesem Objekt nichts weiter passiert.

Frau Dr. Kreutzfeldt bemerkte, dass die Ausschreibung nicht dem entspricht, was dort überhaupt möglich ist. Sie betonte, dass ein selbstverwalteter Jugendclub keine Einnahmen generieren darf und Sanierungskosten von einem Träger getragen werden sollten. Sie fragte, ob es neue Pläne gibt oder ob eine Teilnahme an einer neuen Ausschreibung denkbar wäre.

Frau Goy sagte, dass es aktuell keine Pläne zum Konzept gibt.

Herr Kramer berichtete, dass bei der damaligen Ausschreibung einige Träger grundsätzlich Interesse hatten. Das Interesse verschwand, sobald die hohen Investitionsleistungen sichtbar wurden. Er betonte, dass die geforderten Investitionen nicht zu erfüllen sind und sich die Finanzierung nicht realisieren lässt. **Herr Kramer** stellte fest, dass die Ausschreibung für Träger finanziell nicht tragbar ist.

Herr Frolow betonte, dass das Programm zum Sondervermögen primär Maßnahmen adressiert, die schnell sichtbar umsetzbar sind oder bereits existieren. Momentan sind aus städtischer Sicht keine konkreten eigenen Maßnahmen ersichtlich. Er plädierte für Prüfungsmöglichkeiten innerhalb der Förderstruktur und eine Fokussierung auf eigenverwaltete Konzepte.

zu 8.3 Frau Dr. Kreutzfeldt zum Container in der Silberhöhe

Frau Dr. Kreutzfeldt erkundigte sich, ob es neue Entwicklungen zum abgebrannten Containertreff in der Silberhöhe gibt.

Frau Haupt teilte mit, dass es einen neuen Standort für den Container gibt und somit eine neue Möglichkeit für die Jugendlichen geschaffen wurde.

Frau Dr. Kreutzfeldt erkundigte sich nach dem Namen des neuen Betreibers am abgebrannten Containertreff in der Silberhöhe.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete Herr Kramer den öffentlichen Teil und bat, um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer